

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Textilparität Berlin

Verzinkt seid Ihr nichts — Verzinnt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin D 24
Memeler Straße 8/9 (Postfachkonto 5386), zu richten. Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Gewerkschafts-Kongress zu Breslau vom 31. August bis 5. September 1925. — Weltmarkt und Lohn. — „Ganz leichte Arbeit.“ — Eine zweifelhafte Hilfe. — Kommunistische Anbiederung. — Ergebnis der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung im Bereich des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Monat April 1925. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrätezeit. — Max Wollermann †. — Weitere Erfolge in der Mitgliederwerbung! — Wie die Steuerzahler im letzten Steuerjahre herangezogen wurden. — Wirtschaft. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Gewerkschafts-Kongress

zu Breslau vom 31. August bis 5. September 1925.

Der Beirat hat in seiner Sitzung vom 4. Mai beschlossen, nach § 33 der Bundesfassung die Zahl der Delegierten des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf 28 festzusetzen. Nach den Bestimmungen unseres Statuts (§ 39 Abs. 2) sind drei Viertel der Gesamtvertreter mittels Urwahl zu wählen.

Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt:

Gau Hannover	1	Vertreter
„ Rassel	1	„
„ Barmen	2	„
„ Stuttgart	2	„
„ Augsburg	2	„
„ Gera	1	„
„ Dresden	8	„
„ Liegnitz	2	„
„ Berlin	2	„

Jeder Gau bildet einen Wahlbezirk. Für jeden Delegierten ist ein Stellvertreter zu wählen.

Als Wahlleiter für die einzelnen Wahlbezirke werden bestimmt:

- Gau Hannover: H. Ritsche, Hannover, Nikolaisstr. 10, I.
- „ Rassel: Heinrich Kolbe, Rassel, Spohrstraße 6, III.
- „ Barmen: Josef Barlogie, Barmen, Hohensteiner Str. 1.
- „ Stuttgart: Karl Böhlmann, Stuttgart, Alexanderstr. 53.
- „ Augsburg: Paul Hübler, Augsburg, Mittleres Kreuz 280.
- „ Gera: Chr. Schmidt, Gera, Enzianstr. 11.
- „ Dresden: Gustav Richter, Dresden, Rigenbergstr. 4, pt.
- „ Liegnitz: Bruno Schumann, Liegnitz, Bismarckstr. 4.
- „ Berlin: Max Gruhl, Berlin D. 27, Andreasstraße 17.

Für die Aufstellung der Kandidaten sowie die Durchführung der Wahl gelten sinngemäß die Bestimmungen des § 38. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind bis 4. Juli an den Wahlleiter zu melden.

Als Wahltag ist für das gesamte Verbandsgebiet Sonnabend, der 18. Juli, festgesetzt.

Der Hauptvorstand. Karl Schrader, Vorf.

Weltmarkt und Lohn.

Von Dr. Paul Hermberg.

Wir entnehmen den Artikel der Zeitschrift „Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde.

Kriegs- und Inflationszeit haben bei uns eine Fülle falscher Wirtschaftsvorstellungen großgezogen, von denen wir uns erst wieder befreien müssen, wenn wir ein richtiges Bild der wirtschaftlichen Lage gewinnen wollen. Besonders üppig sind all die Schlingengewächse ins Kraut geschossen, die auf dem merkantillistischen Boden einer Staatsauffassung wachsen, der die einzelnen Wirtschaften eines Volkes als eine geschlossene, einheitlich arbeitende und auch nach außen als Wirtschaftseinheit auftretende „Volkswirtschaft“ erscheinen. Man tut noch heute immer so, als ob es für die Frage der Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes ausschlaggebend sei, ob diese oder jene Rohstoffe (Kohle, Eisenerze usw.) aus deutschem Boden gewonnen würden oder vom Auslande gekauft werden müßten. Die Einbildung, als ob die Frage, wieviel Menschen in Deutschland leben können, irgend etwas zu tun habe mit der Frage, wieviel Getreide in Deutschland wächst, gewinnt andere Gestalt in der Vorstellung, daß es unter allen Umständen einen Vorteil für „die deutsche Volkswirtschaft“ bedeute, wenn die Rohstoffe, die die deutschen Industrien brauchen, deutschen Ursprunges seien. Alle diese Vorstellungen gruppieren sich letzten Endes um die Geldidee, um die Wertaufgabe, die aber überhaupt nur eine praktische Bedeutung hat, solange ein Staat versucht, sein besonderes Geld zu haben und aus seiner Geldhoheit Einkünfte zu ziehen, und die sich erledigt in dem Augenblick, in dem er zum Weltgeld, d. h. zum Goldgeld, direkt oder indirekt zurückkehrt und seine Geldhoheit nur noch benutzt, um die Rolle eines ehrlichen Wechslers zu spielen.

Ueber alle Theorie hinweg sollte man die einfache Tatsache wieder anerkennen, daß in der kapitalistischen Tauschwirtschaft der Nahrungsspielraum eines Volkes bestimmt wird durch die sich ihm bietenden Arbeitsmöglichkeiten. In Deutschland können sozial Menschen leben, wie in Deutschland Arbeit finden. Arbeit aber werden die Menschen finden, die Pro-

dukte herstellen, die irgendwo auf der Welt, ganz gleich ob in Deutschland oder im Ausland verkauft werden können. Ueber die Verkaufsmöglichkeit der Produkte entscheidet wiederum letzten Endes der Preis, zu dem sie angeboten werden. Die Frage der Lebensmöglichkeiten der Deutschen wird also zu der Frage, ob sie ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu Preisen anbieten können, die einerseits die Fortsetzung des Lebens und der Produktion ermöglichen, andererseits aber durch die Konkurrenz der Angehörigen anderer Nationen nicht unterboten werden. Tritt eine solche Unterbietung durch Fremde ein, so wird nach innen eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den an der Produktion Beteiligten darüber erfolgen, wer an der „Ueberschreitung der Weltmarktpreise“ schuld sei und auf wessen Kosten die Konkurrenzfähigkeit wiederhergestellt werden müsse.

Die Deutschen scheinen sich heute in dieser Lage zu befinden. Zum mindesten ist die Konkurrenzfähigkeit deutscher Ware nicht mehr im gleichen Umfange gegeben wie in der Vorkriegszeit. Statt diesen unbequemten Tatsachen ins Auge zu sehen, haben wir uns daran gewöhnt, uns hinter den Hinweis zu verschanzten, daß die politische Konstellation den deutschen Kaufmann gegenüber seinen Konkurrenten ganz erheblich in Nachteil setze. Demgegenüber muß zunächst betont werden, daß die Zeiten der handelspolitischen Benachteiligung durch den Friedensvertrag heute für Deutschland im wesentlichen überwunden sind. Mit mehr als 50 Proz. seiner Vorkriegsabsatzer hat es heute wiederum gegenseitige Meistbegünstigung. Handelspolitisch steht es nicht ungünstiger als seine Konkurrenten. Die Tatsache seiner außenpolitisch allgemein schwachen Stellung hat aber für die Frage der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kaufmanns auf dem Weltmarkt eher günstige als ungünstige Folgen. Gegenüber der Ueberschätzung des Einflusses der politischen Herrschaft auf den auswärtigen Handel muß immer wieder auf die Entwicklung der Vorkriegszeit hingewiesen werden. Mit ganz verschwindenden Ausnahmen war damals überall in der Welt der Anteil der deutschen Waren an der Einfuhr der einzelnen Länder im Steigen begriffen. Das galt in Skandinavien und Rußland so gut wie in Italien und Spanien, in Südamerika so gut wie in China. Und was vor allem verwunderlich erscheint, das galt auch in den englischen Kolonien. Auch hier nahm, wie überall, der Anteil an den eingeführten Waren, der aus Deutschland kam, zu, während der englische Anteil zurückging. Die Zeiten in denen politische Herrschaft gleichbedeutend war mit wirtschaftlicher Monopolstellung, waren schon vor dem Kriege vorbei und sind auch heute noch nicht wiederkehrt, trotz allen Redens über wirtschaftlichen Imperialismus. Ganz eigenartig müssen bei dieser Sachlage Behauptungen berühren, wie die seinerzeit auch vom Reichsbankpräsidenten Schacht vertretene: Deutschland müsse zur Sicherung seines Absatzes seine Kolonien wiederhaben. — Die Ausfuhr nach den Kolonien betrug 1/2 Proz. der deutschen Vorkriegsausfuhr. — Nicht zu leugnen ist allerdings, daß die Neigung, sich durch Fülle vom Ausland abzuschließen, überall im Steigen begriffen ist. Von Deutschland wäre es eine unverzeihliche Torheit, hier das schlechte Beispiel zu verstärken, statt sich im eigenen Lande unnötige Produktionsverengungen zu erparen und durch grundsätzliches Eintreten für den Freihandel auch fremde Tore zu öffnen. Will man die Frage der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt prüfen, so darf nicht vergessen werden, daß der Schutz Zoll, mit dem sich ein Land umgibt, ja zumeist allen ausländischen Konkurrenten die gleichen Hemmungen in den Weg legt und nicht die Deutschen allein trifft, also z. B. für die Frage der Konkurrenz zwischen Deutschen, Engländern und Amerikanern auf dem südamerikanischen Markt ganz ausschaltet. Ein Schutz Zoll, der ganze Imperien vollkommen gegen fremde Einfuhr abschließt, ist bisher nirgends durchgeführt oder auch nur ernsthaft in Erwägung gezogen. Es ist nicht die politische Konstellation, die unsere Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet. Die Konkurrenzfähigkeit ist im wesentlichen eine Frage der Preisgestaltung. Warum können die deutschen Unternehmer in manchen Fällen heute die gleiche Qualität nicht zu gleichen Preisen bieten wie die andern?

Als Antwort wird zumeist irgendein Unkostenfaktor herausgegriffen und als der Schuldige bezeichnet, weil er augenblicklich gerade im Steigen begriffen ist — sei es der Lohn, seien es die Steuern. Natürlich kann die Herabsetzung jedes beliebigen Unkostenfaktors preisermäßigend wirken, und umgekehrt wird im allgemeinen das Steigen jedes Unkostenbestandteiles preissteigernde Tendenzen nach sich ziehen. Will man aber die eigentlichen Ursachen der mangelnden oder bedrohten deutschen Konkurrenzfähigkeit erkennen, so muß man sich schon die Mühe machen, aus den einzelnen Unkostenfaktoren diejenigen herauszuziehen, die sich tatsächlich zum Nachteil der deutschen Unternehmer verschoben haben.

Die der Produktion erwachsenden Unkosten kann man zergliedern in Aufwendungen für Rohstoffe, eigentliche Herstellungskosten, Belastung durch öffentliche Abgaben und endlich den notwendig einzufaktulierenden Gewinn, der sich praktisch oft als Zins für aufgenommene Kredite darstellen wird.

Die Rohstoffpreise sind für den deutschen Industriellen nicht höher als für seinen ausländischen Konkurrenten; denn es steht ihm ja frei, seine Rohstoffe da zu kaufen, wo sie sein Konkurrent auch kauft, und Transportkostenzuschläge mußte er vor dem Kriege ebensogut machen wie jetzt. Es gibt kaum ein Beispiel dafür, daß heute noch dem Käufer von Rohstoffen irgendwo wesentliche Schwierigkeiten gemacht werden, weil er Ausländer oder gar weil er Deutscher ist. Im allgemeinen ist man überall froh, wenn man seine Rohstoffe preiswert an den Mann bringt. Das Problem des Weltmarktes lautet nicht: wo finde ich jemand, der mir etwas verkauft, sondern immer: wo finde ich jemand, der mir meine Waren abnimmt. Man verschleierte die Sachlage, wenn man beispielsweise sagt:

England bekommt heute nicht mehr genügend amerikanische Baumwolle, weil Amerika seine Baumwolle selber braucht.“ Tatsache mag sein, daß große Teile der amerikanischen Baumwolle, die vor dem Kriege von englischen Textilfabrikanten direkt oder indirekt gekauft wurden, heute von amerikanischen Textilfabriken aufgekauft werden. Ueber weshalb bekommen die englischen Fabrikanten die Baumwolle nicht mehr? Doch nicht etwa, weil der Amerikaner als Bürger der Staaten, aus denen die Baumwolle stammt, irgendwelche Vorzugsrechte geltend machen könnte, sondern einfach weil er Preise bietet, die den Engländern zu hoch erscheinen. Und diese Preise sind ihnen zu hoch, weil die Preise, die sie für ihre fertigen Produkte zurückfordern können, nicht hoch genug sind, um die Rohstoffpreise nach Zuziehung der übrigen Produktionskosten zu ersetzen. Weil sich das Verhältnis der übrigen Produktionskosten verschoben hat, deshalb können sie nicht mehr die gleichen Rohstoffpreise zahlen wie die Amerikaner. Vor dem Kriege ermöglichten vielleicht technische Ueberlegenheit und niedriges Lohnniveau der englischen Industrie einen Ausgleich des für sie durch die Transportkosten zu den Rohstoffpreisen hinzutommenden Aufschlags. Die während des Krieges entwickelte technische und arbeitsorganisatorische Leistungsfähigkeit der amerikanischen Konkurrenten läßt das vielleicht heute nicht mehr zu. Es ist daher auch wiederum eine schiefje Darstellung der Folgen dieser Entwicklung, wenn man sagt: „England muß versuchen, heute im eigenen Imperium neue Baumwollplantagen anzulegen, um seinen Bedarf decken zu können.“ Einmal werden neue Baumwollplantagen angelegt, weil die gestiegenen Baumwollpreise den Anbau auch da rentabel erscheinen lassen, wo er bisher zu kostspielig war, und zum andern wird es sich um Versuche englischer Industrieller handeln, irgendwo billigere Baumwolle zu produzieren, um billigere Rohstoffe zu haben als die Konkurrenten. Dabei wird es ihnen nur darauf ankommen, diese billigeren Rohstoffquellen wirtschaftlich zu besitzen, ganz gleich ob sie innerhalb der Grenzen des eigenen Staates liegen oder nicht; es sei denn die politische Beherrschung durch England notwendig, um ihnen billige Konzessionen zu sichern.

Unter den gleichen Gesichtspunkten ist die Frage zu beurteilen, inwieweit die deutsche Konkurrenzfähigkeit heute gefährdet ist infolge des Verlustes an Rohstoffgebieten, der Deutschland durch den Friedensvertrag betroffen hat. Soweit nicht besondere organisatorische Zusammenhänge einzelner Fabriken zerrissen wurden, schwächen diese Verluste nur dadurch die deutsche Konkurrenzfähigkeit, daß sie infolge von Verringerung der Tragfläche für das Restdeutschland die aus dem Friedensvertrag herrührende Belastung mit öffentlichen Abgaben erschweren. Gerade diese Lasten aus dem Friedensvertrag, wie sie heute durch Dawes-Gutachten und Londoner Abkommen festgelegt sind, stellen die erste ernsthafte Hemmung der deutschen Konkurrenzfähigkeit dar. Diese Lasten treiben in der Form von öffentlichen Abgaben, die die Unternehmungen zu leisten haben, die Preise in die Höhe. Oft genug wurde darauf hingewiesen. Sie sind heute in das Gesamtsystem der Besteuerung einbezogen, und alle Beschwerden über zu hohe staatliche Belastung richten sich in erster Linie gegen sie. Allerdings sind auch die übrigen Staatsausgaben gestiegen, und wenn heute die deutschen Unternehmer behaupten, durch hohe Steuern und Abgaben sei ihre Konkurrenzfähigkeit bedroht, so haben sie zweifellos darin recht, daß die öffentliche Last heute wesentlich größer ist als vor dem Kriege. Es ist unmöglich, sich ein genaues Bild von der Größe dieser Mehrbelastung zu machen. Immerhin lassen sich gewisse Grenzen abstecken, innerhalb deren sie liegen muß. Die Höchstgrenze muß selbstverständlich unterhalb der Gesamtbelastung liegen, die überhaupt getragen wird. Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen, Abgaben und Verwaltungseinnahmen werden im Rechnungsjahr 1924/25 7 Milliarden nicht wesentlich überschreiten. Rechnet man dazu noch etwa 3 Milliarden, die von Ländern und Gemeinden erhoben werden, so kommt man auf eine Gesamtlast von etwa 10 Milliarden. Selbstverständlich kann man nur ein Bruchteil dieses Betrages tatsächlich als Mehrbelastung gebucht werden. Es ist zu berücksichtigen, daß die gesamten Steuereinnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden im letzten Jahre vor dem Kriege 5 Milliarden Mark betragen. Zudem darf nur ein Teil der Mehrbelastung unter „öffentliche Lasten“ als Unkostenfaktor für die deutschen industriellen Unternehmer verbucht werden, weil ja ein ganz erheblicher Teil dieser Summe gar nicht ihr Unkostenkonto belastet. Abzuziehen wäre alles, was die andern deutschen Wirtschaften besteuern, also sicherlich ein Betrag von mehreren Milliarden, darunter auch alles das, was die Lohnempfänger bezahlen; denn selbst wenn dieser Teil letzten Endes aus den Preisen der Produkte bestritten werden muß, darf er doch auf dem Konto der Steuerbelastung nicht gezahlt werden, da er ja auf dem Lohnkonto unter den direkten Herstellungskosten noch einmal wiederkehrt. Der Lohnabzug ist unter den Reichssteuern mit etwa 1,3 Milliarden zu veranschlagen. Als Höchstgrenze der die deutschen Unternehmer treffenden Mehrbelastung bleibt also selbst unter Berücksichtigung der deutschen Gebietsabreibungen nur ein Betrag von einigen Milliarden Mark. Zudem ist zu bedenken, daß sich auch für ihre ausländischen Konkurrenten die Steuerlast vermehrt hat. In engstem Anschluß an die Steuerbelastung wird zumeist auf die Mehrbelastung durch die sogenannten „sozialen“ Abgaben hingewiesen, worunter gewöhnlich Beiträge zur Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge verstanden werden. Die Debatte im Reichsarbeitsblatt (vgl. „Die Arbeit“, S. 143) hat diese Frage geklärt. Die gesamte „soziale Belastung“ ist für 1924 mit etwa 1,6 Milliarden anzusetzen. Davon fallen rund 730 Millionen auf die Arbeitgeber und 880 Millionen auf die Arbeitnehmer. Da letztere auf Lohnkonto verbucht werden, würden hier nur die 730 Millionen zu berücksichtigen sein. Weil aber davon die 1913 von den

Weitere Erfolge in der Mitglieder-gewinnung!

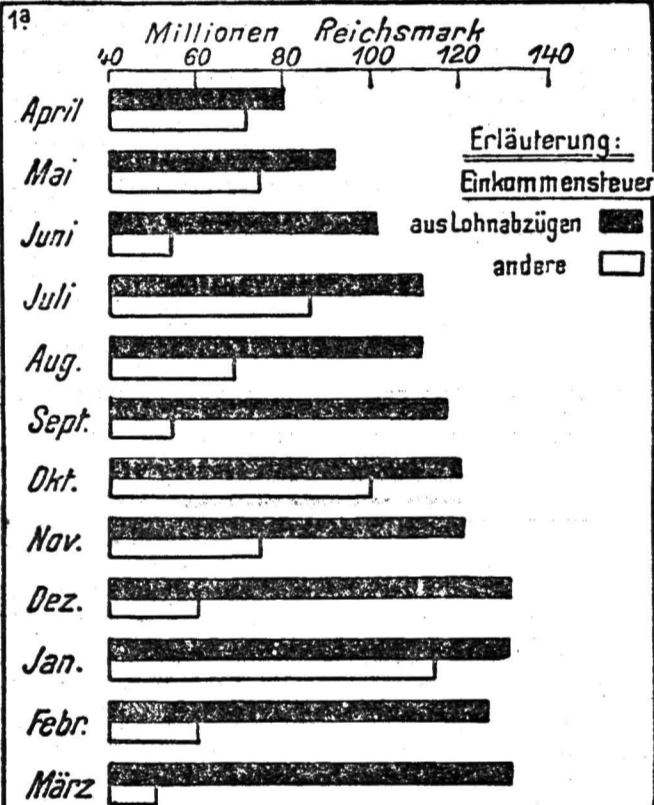
Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Mitgliederzählung haben sich auch im Monat April wieder eine stattliche Anzahl von Textilarbeitern und -arbeiterinnen unserer Organisation angeschlossen...

Table with 4 columns: Ortsgruppe, Anzahl, Ortsgruppe, Anzahl. Lists various locations like Reumünster, Bodolt, Krefeld, Duisburg, Elberfeld, Grefrath, Gronau, Köln a. Rhein, M. Gladbach, Rheine, Mannheim-Ludwigshafen, Stuttgart, Waldfrach and their respective member counts.

Es sind aber außer den hier angeführten noch eine ganze Reihe anderer Ortsgruppen, die auch beachtenswerte Erfolge zu buchen haben...

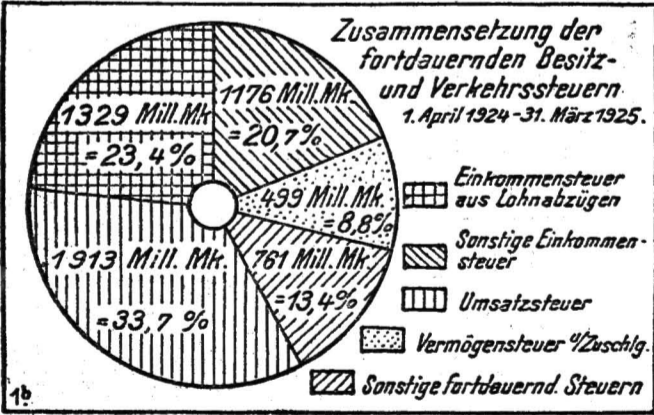
Wie die Steuerzahler im letzten Steuerjahre herangezogen wurden.

In einer jetzt bekanntgegebenen Denkschrift hat es die Regierung abgelehnt, die Inflationsgewinne zu besteuern. Sie begründet dies u. a. damit, daß, wollte man die Umrechnung genau vornehmen...



Erläuterung: Einkommensteuer aus Lohnabzügen andere

Die Ertragnisse der Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1924/25 (1.4.24-31.3.25).



Die fett gedruckten Säulen auf dem Schaubild stellen die Lohnsteuer dar, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten allein aufgebracht werden mußte. Die darunter befindlichen kleinen Säulen zeigen den Teil der Einkommensteuer...

Eine der schlimmsten Steuern ist die Umsatzsteuer, da diese bei jedem Warenumschlag erhoben wird und somit das Preisniveau sehr ungünstig beeinflusst. Da die Geschäftsleute diese Steuer auf die Warenpreise einfach draufschlagen...

Daselbe ist der Fall bei den Zöllen, die eine Einnahme von 356 Millionen Mark erbrachten.

Möge sich ein jeder diese Zahlen einprägen. Erst dann wird er erkennen, welche Verblöndung darin zu erblicken ist, daß Hindenburg mehr als 14 Millionen Stimmen bekommen konnte.

Wirtschaft.

Hanfbau und Hanfverwertung.

Aus der Beilage „Umschau in Technik und Wirtschaft“ der „Boschischen Zeitung“ Nr. 20 vom 15. Mai, entnehmen einem Aufsatz „Nachflänge zum Ingenieurtag“ folgende Ausführungen:

Technik und Landwirtschaft.

„Einen verhältnismäßig großen Raum nahm in der diesjährigen Tagung der Ingenieure die Frage der Beziehung der Technik zur Landwirtschaft ein. In einer besonderen Fachsitzung sprach Dr. Gminder-Reutlingen über Hanfbau und Hanfverwertung. Für die Hanfpflanze, die vorzüglich auf Moorboden gedeiht...

Textil-Praxis

Verlagsgesellschaft m. b. H., ist die Buchhandlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Nach dem von Dr. Gminder ausgewählten Verfahren kann der mit der Nähmaschine geerntete Hanf ohne Trennung von Samen, Kolben und Blattstücken in einem Arbeitsgang in Rohfaser, Samen und Holzreste zerlegt werden. Die Kotonisierung, d. h. die Zerlegung der Bastfaserbündel in ihre baumwollähnliche Einzelsafer...

Bemerken wollen wir hierzu, daß während des Krieges der Hanfbau stark gefördert worden ist. Die Anbaufläche hatte sich erheblich verbreitert. Leider ist die Anbaufläche wieder stark zurückgegangen.

Berichte aus Fachkreisen.

Augsburg. Die am 28. April 1925 in der Gesellschaftsbrauerei abgehaltene Quartalsgeneralversammlung nahm zunächst die ausführlichen Berichte über die Geschäftsführung und über die Rahmenverhältnisse entgegen. Aus diesen Berichten war zu ersehen, daß ein stetes Vorwärtsschreiten zu verzeichnen ist.

Augsburg. Abschluß der Betriebsräte wahlen in der Augsburger Textilindustrie. Die Betriebsräte wahlen in den hiesigen Textilbetrieben haben nun ihren Abschluß gefunden. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband als Hauptträger des Betriebsrätegedankens kam mit Stolz und Freude auf die Ergebnisse zurückblicken.

oder 4,64 Proz. Gemähle gebracht. Von den gewählten Angestelltenratsmitgliedern entfallen auf den Werkmeisterverband 73 Proz. und den Deutschen Textilarbeiter-Verband 16,2 Proz. und andere Angestelltenorganisationen 10,8 Proz.

Hervorzuheben wäre noch die geringe Beteiligung der Angestellten bei diesen Wahlen. Eine Reihe Betriebe verzichtete überhaupt auf dieses wichtige Recht, Betriebsvertretungen zu wählen.

Wir freuen uns über den gefundenen Sinn der Augsburger Textilarbeiter und -arbeiterinnen und stellen mit Genugtuung fest, daß die Schlagkraft unseres Verbandes in den weitesten Kreisen der Textilarbeiter Augsburgs anerkannt wird.

Kirchhau-Cunewalde. (Unternehmerübermut gegenüber Arbeiterinnen.) Eine Kremplerin der Firma Friebe, Kirchhau, hat angeblich den Herrn Direktor Schuhmacher gefragt, ob sie nicht zwei Krempeln bedienen kann.

Nach dem Wahl scheint man einen Erholungsurlaub für das „warme Herz“ nötig zu haben und die Kosten sollen besonders die Arbeiterinnen aufbringen. Wenn Beamte das Bedürfnis haben, sich bei der Firma „unentbehrlich“ zu machen, so mögen sie das auf eigene Kosten tun und nicht auf die der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Briefkasten.

Nach Grimmischau. Fraglicher Bericht ist dem „Volksblatt“ durch den Parlamentsdienst zugegangen. Daß die Redaktion des „Volksblatts“ denselben übersehen hat, ist wohl darauf zurückzuführen, daß sie mit allem Eifer die Lepi-Korrespondenz studiert.

Stoffdrucker! In Berlin sind mehrere tüchtige Stoffdrucker schon längere Zeit ohne Arbeit und von Unternehmerseite sind größere Entlassungen angedroht, es ist deshalb vorläufig der Zuzug von Stoffdruckern nach Berlin fernzuhalten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 24. Mai ist der Beitrag für die 22. Woche fällig

Wichtig! Betriebsräte wahlen betreffend! Wir erinnern hierdurch die Ortsgruppenleiter an die Einsendung der Fragebogen...

Verlorene Mitgliedsbücher. Frankenberg i. Sa. Das Mitgliedsbuch mit der Buchnummer 1187516 (Ortsnummer 1937) auf den Namen Marie Frieda Seel...

Der Vorstand. Abteilung für Betriebsräte.

Adressenänderungen. Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.

Gau Cappel. Calefeld a. S. V. u. K.: Hermann Grundmann, Dagerode Nr. 9, Post Echte, Kreis Osterode a. S.